

# Die Schweiz ist keine Insel! : Aussenwirtschaftspolitik in Krisensituationen

Autor(en): [s.n.]

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Zivilschutz = Protection civile = Protezione civile**

Band (Jahr): **36 (1989)**

Heft 3

PDF erstellt am: **30.06.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-367686>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

# Die Schweiz ist keine Insel!

## Aussenwirtschaftspolitik in Krisensituationen

**Schn. Die Schweiz als Kleinstaat steht heute mitten in einem Prozess des Wandels von einer bipolaren zu einer multipolaren Welt. Die gegenseitige Abhängigkeit von Welt- politik und Weltwirtschaft zwischen allen Ländern wird immer grösser, die Staaten untereinander immer weniger selbständig.**

Kleinere Länder wie die Schweiz spüren in zunehmendem Masse, wie sie wirtschaftlich, technisch, geistig, kulturell und politisch immer mehr an völlig freier Entscheidung einbüßen und sich ihrer Einbettung in die weltweite Verflechtung bewusst werden. Neue wirtschaftspolitische Herausforderungen stehen an. Unsere staatspolitische Gegebenheit hängt stark vom Wohlergehen der Wirtschaft ab und dieses Wohlergehen seinerseits ist in einem kleinen Land nur denkbar, wenn die Wirtschaft grenzüberschreitend tätig sein kann.

### Wohlstand durch Wettbewerb über die Landesgrenzen

Der wirtschaftliche Erfolg ist Verdienst der Menschen: Es sind nicht in erster Linie naturgegebene Vorteile wie landwirtschaftlich gut nutzbare Böden, ein günstiges Klima oder Bodenschätze, welche die Schweiz in die wirtschaftliche Spitzengruppe der Länder der Welt aufsteigen liessen. Die Schweiz ist ein rohstoffarmes Land. Sie erschafft ihren Wohlstand meist mit hohem Kapitaleinsatz, sehr gut qualifizierten Fachkräften und mit Veredelung von importierten Materialien, die nach der Verarbeitung wieder ins Ausland exportiert werden. Man denke: auf eine Tonne Exporte entfallen rund sechs Tonnen Importe!

Ausserdem ist der schweizerische Wohlstand im wesentlichen durch die internationale Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmungen im Dienstleistungs- und Industriesektor begründet. Ohne deren aussenwirtschaftliche Verflechtung könnte das Volkseinkommen gar nicht auf seinem heutigen Stand gehalten werden. Die Kehrseite dieser aussenwirtschaftlichen Verflechtung ist die Abhängigkeit vom Ausland, und zwar sowohl im Import- wie im Exportsektor, das heisst auf der Versorgungsseite wie auf der Absatz- und Beschaffungsseite.

### Wirtschaftliches Wirken im Ausland

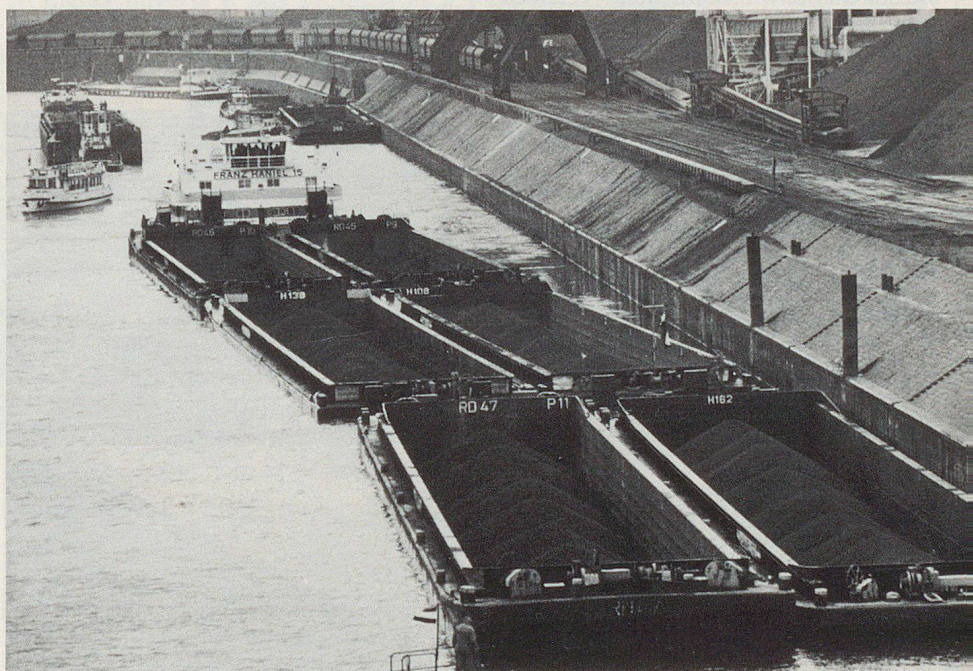
In Zeiten ungestörter Einfuhr liegt die erste Priorität der schweizerischen Aussenwirtschaftspolitik in erster Linie darin, dass ausländische Märkte offen gehalten werden und der Zugang zu

den Märkten, die unserer Exportindustrie verschlossen sind, verbessert wird. Der Zugang zum Ausland soll jedoch nicht nur schweizerischen Gütern und Dienstleistungen offenstehen; genau so wichtig ist es, durch Direktinvestitionen – eine wirksame Waffe des Kleinstaates zum Schutz der einheimischen Produktion gegen die ausländische Konkurrenz – den beschränkten nationalen Wirtschaftsraum auf internationale Märkte auszudehnen. Das Auslandsvermögen der Schweiz be-

### Mögliche Wirkungen einer Krisenlage

In allen anderen Fällen müssen die Prioritäten jedoch anders gesetzt werden: Es geht darum, den Zugang zu ausländischen Versorgungsquellen sicherzustellen und die schweizerischen Investitionen und Vermögen im Ausland zu schützen.

Wird zum Beispiel der grenzüberschreitende Wirtschaftsverkehr unterbrochen, könnten wir keinen oder sehr viel weniger internationalen Handel treiben, würde beispielsweise nach sie-

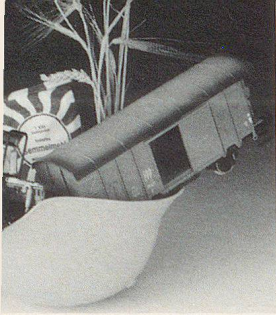


Grenzüberschreitend tätige Wirtschaft: der alltägliche Güterverkehr.

trägt schätzungsweise 70 % des Volkseinkommens.

Aussenwirtschaftspolitik bedeutet daher heute mehr als klassische Handelspolitik. In einer Weltwirtschaft, die durch eine wachsende Internationalisierung nicht nur der Güter, sondern auch der Kapitalmärkte gekennzeichnet ist, muss die Aussenwirtschaftspolitik entsprechend vielschichtig sein. Sie muss das gesamte Spektrum internationaler Wirtschaftsbeziehungen vom direkten Güterexport (und damit dem grenzüberschreitenden Güterhandel) bis hin zur Direktinvestition abdecken. In Normalzeiten muss die Aussenwirtschaftspolitik klare internationale Rahmenbedingungen zu schaffen wissen, damit die Vorteile der internationalen Arbeitsteilung grösstmöglich genutzt werden können.

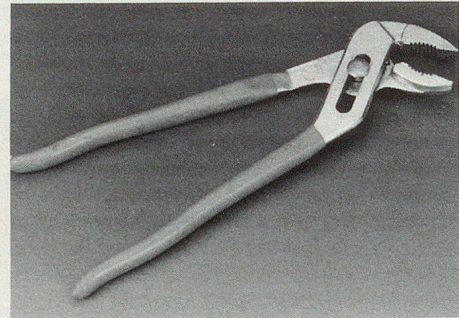
ben Monaten das zivile Autofahren nicht nur verboten, sondern schlichtweg unmöglich. Der Elektrizitätsverbrauch müsste schon nur wegen des Ausfalls der Uranlieferungen um ein Drittel gekürzt werden, was eine starke Beeinträchtigung der gesamten Produktion – man denke an die elektronische Datenverarbeitung – zur Folge hätte. Das Bruttosozialprodukt würde um rund 50 % reduziert, dies dadurch, dass der direkte und indirekte Export von Gütern und Dienstleistungen, rund die Hälfte unserer gesamtwirtschaftlichen Produktion, wegfallen würde. Einige Industriezweige, wie zum Beispiel Pharma- und Uhrensektor, würden rund 90–95 % ihrer Produktion abbauen müssen; die Maschinenindustrie würde 65 %, die Banken 37 %, die Grossbanken 50 % und die Versicherungen 70 % ihres Umsatzes einbüßen. Wird unter diesen Umständen das aus-



senwirtschaftliche Handlungsdispositiv nicht angepasst, sind Betriebsschliessungen, Arbeitslosigkeit, Hunger, Elend und beträchtliche politische Unruhen, vielleicht sogar die Infragestellung unserer demokratischen Einrichtungen, nicht auszuschliessen.

**Die Wirtschaft – ein nervöses Kind**

Allerdings muss berücksichtigt werden, dass auch in Normalzeiten, die starke aussenwirtschaftliche Verflechtung der Schweiz die Wirtschaft auf kleinste externe Störungen reagieren lässt und daher sehr verwundbar macht.



**Wirtschaft heisst: Import von Rohmaterial, Veredlung durch industrielle Vorgänge und Export.**

**Bei einer Krisenlage wäre der Zugang zu ausländischen Versorgungsquellen möglichst sicherzustellen.**

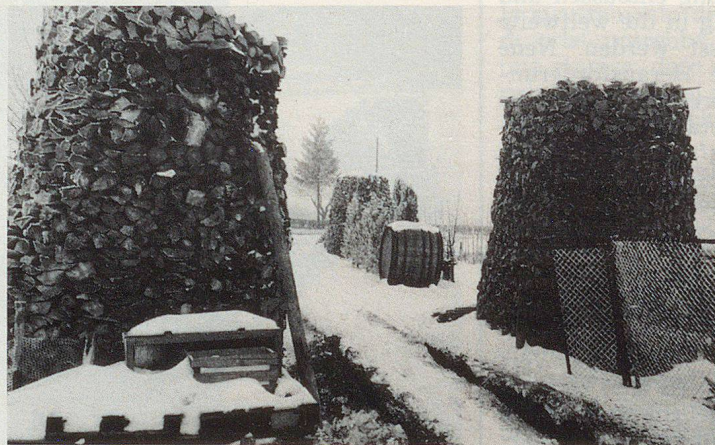


In ausserordentlichen Lagen wie zum Beispiel im Krisenfall steigt erwiesenermassen der Einfluss des Staates, politische Entscheidungsmechanismen ersetzen den Preismechanismus als Instrument der Marktkoordination. Es ist daher berechtigt zu fragen, ob grundsätzlich die Krisenvorsorge nicht die Funktionsfähigkeit der freien Marktwirtschaft gefährden könnte. Dies ist dann denkbar, wenn die Wirtschaft selbst über kein geeignetes Abwehrdispositiv im Sinne einer überdurchschnittlichen internationalen Wettbewerbsfähigkeit verfügt. Im Krisenfall sollte unsere Wirtschaft auf Draht sein, was jedoch nur möglich ist, wenn sie dies weitgehend schon vorher ist.

**Eine Krise heisse «Ärmelkrepeln»**

Die an sich auch im Normalfall nicht gerade einfachen Aufgaben für unsere Aussenwirtschaftspolitik würden in Krisenzeiten noch viel komplexer und stellen einige neue Herausforderungen wie zum Beispiel:

- das Erfordernis, je nach Bedrohungslage Teile unseres Exportes gezielt in den Dienst des Importes zu stellen – denkbar ist ein teilweiser Ersatz von Importgütern durch im Inland produzierte Güter, was jedoch erheblich teurer wäre – und nötigenfalls auch Teile des schweizerischen Auslandsvermögens zur Verteidigung unserer Landesinteressen einzusetzen;
- die Gefahr einer Einschränkung oder gar Aufhebung der Devisenkonvertibilität mit allen negativen Folgewir-



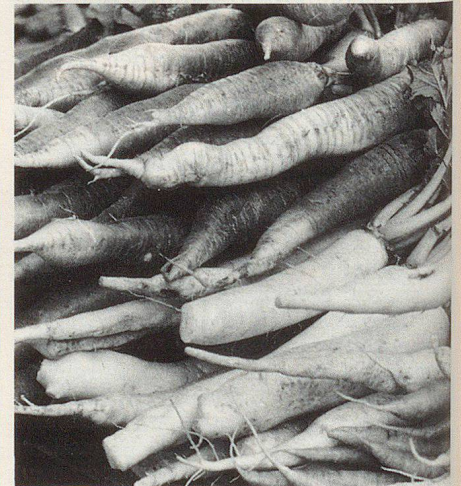
**Einer länger andauernden Heizperiode beruhigt entgegenzusehen können die Besitzer dieser «Wärmeturme» in Montlingen SG: Die optisch attraktiven Holzstöße enthalten je rund 40 Kubikmeter Brennholz.**

- kungen wie beispielsweise die Zunahme des Kompensationshandels oder eine Abnahme der Liquidität der Banken durch einen eingeschränkten Handlungsspielraum;
- die Gefahr der Blockierung oder gar Beschlagnahmung von Teilen des schweizerischen Auslandsvermögens;
- die je nach Krisenlage vielleicht sehr weitgehende Aushöhlung multilateraler Vertragswerke, die die Grundlage für stabile internationale Rahmenbedingungen bilden sollten.

**Aktive Vorsorge**

Wegen der starken Auslandsabhängigkeit ist es heute kaum mehr denkbar, für alle in der Schweiz benötigten Güter einen hundertprozentigen Selbst-

versorgungsgrad zu erreichen. Eine solche radikale Umstellung des Produktionsapparates würde neben technischen und betrieblichen Schwierigkeiten zu gewaltigen Wohlstandseinbussen und grossen Beschäftigungsproblemen führen. Es dürfte kaum möglich sein, eine kleine Volkswirtschaft wie die Schweiz je nach Bedrohungslage in relativ kurzer Zeit in eine vorwiegend binnenorientierte Wirtschaft umzustellen. Die Pflichtlagerhaltung kann möglicherweise in einer Übergangsphase dazu beitragen, die Anpassungskosten zu senken: Pflichtlager sind ein Instrument der wirtschaftlichen Landesverteidigung und sollen mithelfen, den Ausfall an Importgütern zu überbrücken und den Anschluss an zum Beispiel die Anbauplanung im Agrarbereich, zu gewähr-



**Anbauplanung gehört – genau wie Pflichtlagerhaltung – zur wirtschaftlichen Landesverteidigung!**

leisten. Die Kompetenz zur Freigabe der Pflichtlager liegt beim Bund und wird erst aufgrund einer schwerwiegenden Versorgungslücke bewilligt. Auch hier ist die strategisch richtige Frage diejenige, zu welchem Zeitpunkt eine Krisenerscheinung zu einem aktiven Handeln der verantwortlichen Stellen führen sollte.

(Fotos: Keystone, Rouliet)